# **Deutscher Bundestag**

**14. Wahlperiode** 06. 06. 2002

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heidemarie Ehlert, Heidemarie Lüth, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/7227 –

## Bestellung einer Amtsanklägerin/eines Amtsanklägers

#### A. Problem

Den öffentlichen Haushalten gehen durch Verschwendung in erheblichem Umfang Haushaltsmittel verloren.

Dabei geht es um Fehlplanungen und Kostenexplosionen, Mängel im Beschaffungswesen, aber auch um Gedanken- und Planlosigkeit beim Umgang mit Steuergeldern.

Das ausgefeilte Sanktionsinstrumentarium, wie es das geltende Disziplinar- und Regressrecht beinhaltet, könnte ergänzt werden um eine Instanz, die sich konsequent um die Durchsetzung der Ansprüche gegen Steuergeldverschwender kümmert. Hierzu bedarf es einer unabhängigen Amtsanklägerin/eines unabhängigen Amtsanklägers, die oder der dafür sorgt, dass den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in allen Bereichen der Verwaltung Geltung verschafft wird.

## B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Abwesenheit der Fraktion der FDP

### C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/7227.

### D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/7227 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2002

## **Der Haushaltsausschuss**

Adolf Roth (Gießen) Vorsitzender **Dietrich Austermann**Berichterstatter

Oswald Metzger Berichterstatter Hans Georg Wagner Berichterstatter

**Dr. Christa Luft** Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dietrich Austermann, Hans Georg Wagner, Oswald Metzger und Dr. Christa Luft

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 230. Sitzung am 18. April 2002 den Antrag auf Drucksache 14/7227 zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen.

## II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der PDS hält es zur Bekämpfung der Fehlverwendung oder Vergeudung öffentlicher Mittel für erforderlich, die vorhandenen gesetzlichen Regelungen (Haushaltsgrundsätzegesetz – HGrG und Bundeshaushaltsordnung – BHO) durch ein neues Gesetz über die Amtsanklägerin/den Amtsankläger auf Bundesebene zu ergänzen und in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen, durch das das Amt einer Amtsanklägerin/eines Amtsanklägers auf Bundesebene geschaffen wird und die Länder zur Schaffung von entsprechenden Ämtern auf Länderebene verpflichtet werden.

## III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der Innenausschuss hat den Antrag auf Drucksache 14/7227 in seiner 98. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, die Vorlage abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/7227 in seiner 130. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, die Vorlage abzulehnen.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/7227 in seiner 108. Sitzung am 5. Juni 2002 abschließend beraten.

Er beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Abwesenheit der Fraktion der FDP dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/7227 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2002

**Dietrich Austermann**Berichterstatter

Hans Georg Wagner Berichterstatter Oswald Metzger Berichterstatter

**Dr. Christa Luft**Berichterstatterin

